

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 16/4861 –

Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und weiterer Mandatsverlängerungen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Bericht der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Herbert Frankenhauser, Lothar Mark, Michael Leutert und Alexander Bonde

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 28. März 2007 beschlossenen Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Mission der Vereinten Nationen in Sudan UNMIS (United Nations Mission in Sudan) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und weiterer Mandatsverlängerungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) zuzustimmen.

Die Fortsetzung des Einsatzes soll längstens bis zum 15. November 2007 und ohne inhaltliche Änderungen und unter Fortgeltung der Regelungen des Antrags vom 13. April 2005 (Drucksache 15/5265), dem der Deutsche Bundestag am 22. April 2005 zugestimmt hat (Drucksache 15/5343), der Protokollnotiz der Bundesregierung vom 20. April 2005 (Drucksache 15/5343) sowie der Verlängerungsanträge der Bundesregierung vom 21. September 2005, 22. März 2006, 20. September 2006 und 4. Oktober 2006, denen der

Deutsche Bundestag jeweils zugestimmt hat (Drucksachen 15/5997, 16/1052, 16/2700 sowie 16/2900), erfolgen.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden – sofern nicht von den VN getragen bzw. erstattet – aus dem Einzelplan 14 finanziert. Sie werden für die Dauer von sieben Monaten und bei einem Einsatz von bis zu 75 Soldaten rund 0,8 Mio. Euro betragen. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Haushaltsjahr 2007 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag der Bundesregierung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 25. April 2007

Der Haushaltsausschuss

Otto Fricke
Vorsitzender

Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Herbert Frankenhauser
Berichterstatter

Lothar Mark
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Alexander Bonde
Berichterstatter

